



Uluslararası Sosyal Araştırmalar Dergisi

The Journal of International Social Research

Cilt: 9 Sayı: 42 Volume: 9 Issue: 42

Şubat 2016 February 2016

www.sosyalarastirmalar.com Issn: 1307-9581

DIE AUSWIRKUNGEN DER EU-MITGLIEDSCHAFT VON REPUBLIK ZYPERN ZUR VERHANDLUNGSGESPRÄCHEN FÜR FRIEDEN IN ZYPERN

Mehmet DİREKLİ*

Zusammenfassung

Diese Arbeit konzentriert sich auf die Frage, wieso der EU-Mitgliedschaft von Republik Zypern kein Katalysator für die Verhandlungsgespräche für Frieden in Zypern sein konnte. In dem ersten Teil wurde ein Überblick über die historischen Grundlagen der EU-Beitrittsprozess von Republik Zypern beigegeben. Danach wurde mit Hilfe der Daten-Inhaltsanalyse probiert, die politischen Gründe für die Ablehnung des Annan-Plans durch die Zypriern Griechen im Detail offen zutage liegen und die Auswirkungen des EU-Beitritts von griechischen Zypriern zur Verhandlungsgesprächen für Frieden in Zypern darstellen. Die vorgelegte Arbeit bemühte sich darum, in allen Erläuterungen so präzise und neutral wie möglich zu sein, um Redundanz zu vermeiden. Fernerhin wollte sie als Basis für weiterführende empirische Forschung dienen; es soll mit der vorliegende Forschung ein gewisser Beitrag zur Diskussion über die Zypernfrage geboten werden.

Schlüsselwörter: Zypernfrage, Annan-Plan, EU-Beitritt, EU-Mitgliedschaft von Republik Zypern, Katalysator.

Zyperns Beitritt zur Europäischen Union

Die Beziehungen zwischen EU (Europäische Union) und Republik Zypern gehen bis in das Jahr 1972 zurück. Im Dezember 1972 wurde ein Assoziierungsabkommen zwischen Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Republik Zypern unterzeichnet.(Kammel, 2006: 17) Am 3. Juli 1990 hatte die Republik Zypern ihren ersten Antrag auf die Mitgliedschaft bei der EU abgegeben, die damals noch die Europäische Gemeinschaft (EG) genannt wurde(Tuncer, 2012: 130). Am 17. September desselben Jahres beschloss die EU-Abgeordnetenkommission Zyperns Antrag anzunehmen.(Tuncer, 2012: 131) Die Gedankenserie von dem Generalsekretär der Vereinte Nationen Boutros Boutros-Ghali kam eben zu dieser Zeit an die Tagesordnung, doch führten diese Anstrengungen zu keinem Ergebnis. Im Februar 1993 gewann Glafkos Klerides die Wahlen auf der griechisch zypriotischen Seite und erklärte, dass er diese Gedankenserien nicht diskutieren werde und er sich zunächst um den EU-Beitritt Zyperns kümmern möchte. Am 13. Dezember 1997 hat die EU im Spitzentreffen in Luxemburg verkündet, dass Zypern ein Kandidat zum vollen EU-Beitritt ist und im März 1998 begannen die Verhandlungen zum vollen EU-Beitritt Zyperns.(Tuncer, 2012: 133) Der wichtigste Grund für dieses Vorhaben war für Zypern die Tatsache, dass die Türkei mit der EU ein Zollunionsabkommen treffen wollte. Daraufhin verlangte auch Griechenland, dass die EU mit der Türkei solch ein Abkommen nur unter der Voraussetzung des EU-Beitritts Zyperns eingehen solle.

Im EU Gipfeltreffen am 11. Dezember 1999 in Helsinki wurde der Türkei die Kandidatschaft zugesprochen und offengelegt, dass für den EU-Beitritt Zyperns die Lösung des Inselkonflikts keine Voraussetzung darstellt. Demnach wurde bei der Deklaration bzgl. Zypern folgendes dargelegt:

a) „Der Europäische Rat begrüßt es, daß am 3. Dezember in New York Gespräche mit dem Ziel einer umfassenden Lösung des Zypern-Problems aufgenommen wurden, und er bringt seine nachdrückliche Unterstützung für die Bemühungen des UN(United Nations)-Generalsekretärs um einen erfolgreichen Abschluß des Prozesses zum Ausdruck.“

b) „Der Europäische Rat betont, daß eine politische Lösung den Beitritt Zyperns zur Europäischen Union erleichtern wird. Sollte bis zum Abschluß der Beitrittsverhandlungen keine Lösung erreicht worden sein, so wird der Rat über die Frage des Beitritts beschließen, ohne daß die vorgenannte politische Lösung eine Vorbedingung darstellt. Dabei wird der Rat alle maßgeblichen Faktoren berücksichtigen.“(Schlussfolgerungen des Vorsitzes Europäischer Rat (Helsinki) 10. und 11. Dezember 1999 Nr. 00300/1/99, 1999: 2)

Am 9. Oktober 2002 wurde der Erweiterungsbericht der EU-Kommission veröffentlicht. In dem Bericht wurde Zypern mit 12 weiteren Kandidaten erwähnt. Am 13. Dezember 2002 wurde im EU-Gipfeltreffen in Kopenhagen folgende Deklaration abgegeben:

„Der Europäische Rat hat auf seiner Tagung 1993 in Kopenhagen das ehrgeizige Vorhaben eingeleitet, das Vermächtnis von Konflikten und Spaltungen in Europa zu überwinden. Der heutige Tag stellt insofern ein beispielloses

* Asst. Prof., Kanuni Universität, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaftliche Fakultät, E-Mail: mehmetdirekli@kanuni.edu.tr

historisches Ereignis dar, als dieser Prozess durch den Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern vollendet wird. Die Union freut sich nunmehr, diese Staaten zum 1. Mai 2004 als Mitglieder aufnehmen zu können. Dieser Erfolg bezeugt die gemeinsame Entschlossenheit der Völker Europas, sich in einer Union zusammenzufinden, die zur treibenden Kraft für Frieden, Demokratie, Stabilität und Wohlstand auf unserem Kontinent geworden ist. Als vollwertige Mitglieder einer auf Solidarität gründenden Union werden diese Staaten an der Ausgestaltung der weiteren Entwicklung des europäischen Projekts uneingeschränkt beteiligt sein.“(Schlussfolgerungen des Vorsitzes Europäischer Rat (Kopenhagen) 12. und 13. Dezember 2002 Nr. 15917/02, 2002: 1)

Im selben Manifest erklärte die EU, dass sie einen problemlosen Beitritt Zyperns gerne annehmen würde und die UN unterstützte diese Entscheidung mit folgenden Worten:

„Im Einklang mit Nummer 3 wird Zypern aufgrund des Abschlusses der Beitrittsverhandlungen als neuer Mitgliedstaat in die Europäische Union aufgenommen. Der Europäische Rat betont indessen, dass er dem Beitritt eines vereinten Zyperns zur Europäischen Union nachdrücklich den Vorzug gibt. Er begrüßt in diesem Zusammenhang die Zusage der griechischen und der türkischen Zyprioten, die Verhandlungen mit dem Ziel fortzuführen, bis zum 28. Februar 2003 zu einer umfassenden Regelung der Zypern-Frage auf der Grundlage der Vorschläge des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu gelangen. Der Europäische Rat ist der Auffassung, dass diese Vorschläge die einmalige Gelegenheit bieten, in den kommenden Wochen eine Regelung zu erzielen, und fordert die Führer der beiden zyprischen Gemeinschaften, der griechischen und der türkischen, nachdrücklich auf, diese Gelegenheit zu nutzen.“(Schlussfolgerungen des Vorsitzes Europäischer Rat (Kopenhagen) 12. und 13. Dezember 2002 Nr. 15917/02, 2002: 3)

Am 16. April 2003 hat Zypern in Athen vor der Akropolis das Beitrittsabkommen unterschrieben und am 1. Mai 2004 ist Zypern schließlich ohne, dass das Zypernproblem beseitigt wurde als Repräsentant der gesamten Insel in die EU aufgenommen worden. Nach dem Protokoll mit der Nummer 10 aus dem o. g. Mitgliedsabkommen wurde das Thema der Acquis Communautaire für den Norden der Insel vorerst bei Seite gelegt. Aus diesem Grund liegt die Türkische Republik Nordzypern de jure innerhalb der Grenzen der EU, doch wird aus dem Binnenmarkt ausgeschlossen (Protokoll Nr. 10 über Zypern, 2003)

Griechenland erklärte der Verhandlungen des Zypernbeitritts, dass die EU-Erweiterungspläne ohne den Beitritt Zypern auf jeden Fall mit einem Veto blockiert werden, und dies spielte eine enorme Rolle. Schließlich konnte eine Erweiterung nicht ohne die Zusage des EU-Parlaments durchgeführt werden. Und Griechenland hatte die EU-Abgeordneten davon überzeugt, dass eine Erweiterung ohne Zypern nicht in Frage kommt. Der damalige Präsident der Republik Zypern Klerides erklärte die Bedeutung Griechenlands hinsichtlich des EU-Beitritts Zyperns mit folgenden Worten:

„Griechenland musste die Erweiterungsabkommen unterschreiben. Die griechischen Parteien waren jedoch der Ansicht, dass ein Abkommen ohne den Beitritt Zyperns nicht in Frage kommt. Ohne die Zusage Griechenland würde es keine Erweiterung geben. Bei meinem Treffen mit Günter Verheugen wurde mir gesagt "machen sie sich keine Sorgen, nur zwei Länder können nicht draußen bleiben. Erstens Polen, denn das deutsche Parlament wird eine Erweiterung ohne Polen nicht akzeptieren, zweitens Zypern, denn das griechische Parlament wird eine Erweiterung ohne Zypern nicht bewilligen.“ (Annan's Bericht, 2003)

Die Annahme des EU-Beitritts Zypern ohne Lösung des Zypernkonflikts

Tassos Papadopoulos führte in seiner These gegen den Plan die Begründung vor der endgültige Plan dient nicht der Lösung des Zypernkonflikts, sondern allein den Interessen der Türkei (Palley, 2005: 141); dieser Plan wurde nach einem Abkommen zwischen der Türkei und den Großmächten zusammengestellt (Palley, 2005: 141) und überzeugte somit das griechisch zyprische Volk, dass der Plan eine Verschwörung darstelle und sie durch Ablehnung dieses Planes diese Fallen und Tücken überwinden können und nach dem EU-Beitritt gegen das Interesse der Türkei handeln könnten. (Perikleus, 2011: 434) Nach Papadopoulos könnte so bei den EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ein Druckmechanismus aufgebaut und bei neuen Verhandlungen zur Beseitigung des Zypernproblems im eigenen Interesse Vorteile ergriffen werden. (Perikleus, 2011: 434) Die militärische und strategische Machtstellung der Türkei nach 1974 auf der Insel könnte nun ausgeglichen werden. Die von Griechenland und der Republik Zypern zur Zeit Klerides entwickelte Doktrin der gemeinsamen Verteidigung sollte mit dem EU-Beitritt der Republik Zypern gekrönt und mit der Gleichstellung der Republik Zypern in der EU gegen den gemeinsamen Feind abgeschlossen werden. Papadopoulos sollte nun nach dem EU-Beitritt der Republik Zypern das Zypernproblem jederzeit vertiefen und der Türkei zeigen, dass nicht nur allein Griechenland sondern die ganze EU auf seiner Seite steht. Diese Politik sollte auch die Aufmerksamkeit der internationalen Großmächte einfacher auf die Republik Zypern ziehen.

Nach der Intervention der Türkei im Jahre 1974 hat die Republik Zypern einen internationalen Kampf gegen die Türkei begonnen. Der wichtigste Punkt dieses Kampfes war die Republik Zypern und dieser Staat musste um jeden Preis aufrechtgehalten werden. Zwischen den griechischen Zyprioten waren

alle sowohl gesellschaftlich als auch politisch einer Meinung, den Staat zu sorgen. Doch dieser kleine Inselstaat konnte aufgrund seiner geringen Macht nur eine Gleichgewichtspolitik verfolgen. Gegründet als Beobachter der NATO-Mächte ist es der Republik Zypern gelungen nach der Teilung als Gleichgewichtsmechanismus zwischen der Türkei und Griechenland auf den Beinen zu bleiben. Zypern konnte aufgrund dieser Balance fortfahren und suchte nach dem Fall der Sowjetunion nach einem neuen Stützpunkt und fand die Rettung bei der EU. Als die griechischen Zyprioten ihr Eintrittsticket in die EU erhalten hatten, begannen sie sich nun in jedem Fall im Vorteil zu sehen. Das eigentliche Ziel der griechischen Zyprioten ist es nun gewesen unter der UN als Schiedsrichter eine neue Verhandlung zu arrangieren und den Annan-Plan nun im Rahmen der EU-Mitgliedschaft neu zu bearbeiten. (Kürkçügil, 2003: 113) Schließlich ist die Republik Zypern nun EU-Mitglied und der zypriotische Staat wertvoller denn je. Der Plan kann abgelehnt und gegen den historischen Feind eine politische Überlegenheit erlangt werden.

Ein wichtiges Hindernis in der Problemlösung ist, dass unter dem Begriff Zypriot nicht allein die griechischen Zyprioten verstanden werden. Wenn man bedenkt, dass die türkischen Zyprioten solch einer Auffassung sehr streng und verbittert gegenüberstehen, ist es leicht ersichtlich, dass dies die Unsicherheit dieser Völker nährt. Das praktische Ergebnis dieses Sachverhaltes ist, dass die griechischen Zyprioten nicht die türkischen Zyprioten, sondern die Türkei als Ansprechpartner akzeptieren. Die griechischen Zyprioten wünschen den völligen Rückzug der türkischen Besatzung und bevorzugen dabei ein Balanceakt ihrer eigenen Schwäche an den Tag zu legen. Der Glaube mit einem Druck auf Ankara eine Lösung zu erreichen war bei der Ablehnung des Annan-Plans V maßgebend und verhinderte die Vereinigung des Inselvolkes. Die Entfernung der griechischen Zyprioten zu ihrem Heimatland Griechenland und Gründe wie die Nähe Anatolien zur Insel hat einen klaustrophobischen Sicherheitswahn bei den griechischen Zyprioten ausgelöst und die griechischen Zyprioten versuchen nun diese Stellung mit dem EU-Beitritt zu kompensieren. Dieser einseitige Interessenkampf erschwert die Problemlösung auf Zypern. Ganz gleich was das Ergebnis der Volksabstimmung sein sollte, die Tatsache, dass die griechisch zypriotische Seite unter dem Namen „Republik Zypern“ die ganze Insel repräsentierend in die EU beitrifft, war einer der wichtigsten Gründe für die Ablehnung des Annan-Plans. Wie bereits oben erwähnt, hat sich die Republik Zypern geweigert, die Herrschaft der Insel mit den Türken zu teilen. Die Tatsache, dass die Türkei zu jener Zeit den EU-Beitritt erhofft hatte, rechtfertigte außenpolitisch betrachtet den Wunsch der Republik Zypern, dass Ankara kompromissbereiter wird.

Wie bereits in den oberen Abschnitten dargestellt wurde, begann mit der Eintragung der EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei am 10-11 Dezember 1999 in Helsinki zwischen der Türkei und EU eine neue Ära. In der EU-Staatsversammlung in Brüssel am 17. Dezember 2004 wurde der Beschluss von 1999 in Helsinki bestätigt, die Erfüllung der politischen Voraussetzungen seitens der Türkei deklariert, und der Beginn der Mitgliedsverhandlungen auf den 3. Oktober 2005 festgesetzt. Die Verhandlungen haben wie geplant angefangen.

Doch aufgrund der Bemühungen der Republik Zypern und der Tatsache, dass die Türkei die Zusatzprotokolle zum Ankara-Abkommen nicht voll eingehalten hat¹, konnten die Verhandlungen mit dem Beschluss des EU-Rats vom Dezember 2006 in acht Artikeln nicht eröffnet werden. Diese waren:

- 1- Freier Warenhandel
- 3- Arbeiterrichtungs- und Dienstleistungsfreiheit
- 9- Finanzdienste
- 11- Landwirtschaftlicher Aufschwung
- 13- Fischerei
- 14- Verkehrspolitik
- 29- Zollunion
- 30- Außenpolitik (<http://www.mfa.gov.tr/turkiye-ab-iliskilerine-genel-bakis.tr.mfa>)

Da die EU ihren Beschluss vom 26. April 2004 mit der Türkischen Republik Nordzypern direkten Handel zu führen aufgrund des Veto der Republik Zypern nicht realisieren konnte, führt die Türkei das Protokoll bzgl. der Zollunion nicht aus und sperrt ihre Häfen gegenüber der Republik Zypern. Die EU begründet die Rückhaltung der o. g. acht Artikel mit der Tatsache, dass die Türkei ihre Häfen und ihr Hoheitsgebiet der Republik Zypern gegenüber nicht öffnet. Auch andere Artikel können aufgrund der Gegenstellung der Republik Zypern nicht gelöst werden. Neben diesen o. g. Abschnitten hat die Republik Zypern im Dezember 2009 in der EU-Ratssitzung sechs weitere selbst zusammengestellte Artikel hervorgebracht und erklärt, dass sie diese Punkte blockieren werden:

¹ Die Republik Zypern wird von der Türkei international nicht anerkannt. Die Türkei hat jedoch in ihrer Beziehung mit der EU deklariert, dass die Führung der Republik Zypern de jure nicht anerkannt wird, jedoch bei den Beitrittsverhandlungen de facto anerkennen wird. Verfassers Note.

2- Reisefreiheit der Arbeiter

15- Energie

23- Rechtsprechung und Grundrechte

24- Gerechtigkeit, Freiheit und Sicherheit

26- Bildung und Kultur

31- Außenpolitik, Sicherheit und Verteidigungspolitik. (<http://www.mfa.gov.tr/turkiye-ab-iliskilerine-genel-bakis.tr.mfa>)

Bis zu diesem Datum konnten keine der o. g. Überschriften in die Verhandlungen eingeführt werden. Die Republik Zypern, die nach ihrer Ablehnung des Annan-Plans V in die EU beigetreten ist, wurde so zum wichtigsten technischen Hindernis für die EU-Mitgliedschaft der Türkei und Zypern führte diese Politik, die im Sinne der nationalen Interessen geführt wurde, mit allen möglichen Mitteln fort.

Eines der wichtigsten Ergebnisse ist die Tatsache, dass der bedingungslose EU-Beitritt der Republik Zypern die Chancen einer Lösung vollkommen aufgehoben hat. Hätte die EU die Lösung des Zypernproblems vorausgesetzt, so wäre Zypern heute vereint. Nach dem EU-Beitritt bedarf die Republik Zypern keinem Abkommen mehr, das eine Gewaltenteilung vorsieht. Die Politiker der Republik Zypern erkannten schließlich, dass sie nun ein Instrument erhalten, womit sie die Türkische Republik Nordzypern und die Türkei in die Ecke drängen können und hierfür den Plan ablehnen müssen. Die griechische Seite wird zudem mit Hilfe der internationalen Gesellschaften versuchen einen Druck auf die Türkei auszuüben, damit die Türkei von der Lösungsformel ferngehalten werden kann. Und es wird somit einfacher sein die Türkische Republik Nordzypern auf der zypriotischen Insel und mit Hilfe Griechenlands und im Rahmen der EU politische außer Gefecht zu setzen.

Die griechischen Zyprioten, die während dieser Zeit die große Unterstützung Griechenlands erhalten haben, haben ihre Vorteile sehr gut genutzt und die Insel wurde ohne, dass es einer Problemlösung bedarf bedingungslos in die EU aufgenommen. Die Realpolitik wurde in den griechischen Medien gerade zur intensivsten Verhandlungszeit des Annan-Plans folgendermaßen wiedergegeben:

„Im Rahmen der Mitgliedschaft wird die internationale Stellung der griechischen Zyprioten steigen und die Isolation der türkischen Zyprioten stärker werden. Dank der fundamentalen Freiheiten der EU, wie z.B. der freie Geldhandel, wird das griechisch zypriotische Kapital im Lichte der EU-Beschlüsse frei in den Norden reisen können. Da die türkischen Zyprioten nicht in die EU beigetreten sind, werden sie in den zukünftigen Verhandlungen Kompromisse eingehen müssen. Das wichtigste ist, dass sowohl die griechischen Zyprioten als auch Griechenland selbst das Zypernproblem nun instrumentalisieren werden, um so den Rücktritt der Türkei sowohl von der Ägäis als auch dem Mittelmeer zu gewährleisten.“ (KıbrısGerçeğine Annan Planı, 2003: 9)

Nach dieser Strategie hatte Griechenland 1995 bzgl. der Zollvereinbarung zwischen der EU und der Türkei kein Veto eingelegt und im Gegenzug ein Termin für den EU-Beitritt Zypern eingeholt. Nach derselben Politik hat Griechenland 1999 im Treffen in Helsinki den EU-Beitritt der Türkei unterstützt und im Gegenzug verlangt, dass man dem Beitritt Zyperns nicht widerspricht.

Wie Verheugen bereits oben dargelegt betont hatte, dass Griechenland gegen die EU-Erweiterungspläne „ein Veto einlegen wird falls Zypern nicht akzeptiert wird“, kann man hier unschwer erkennen, dass dies den Beitritt Zyperns vereinfacht hatte. Griechenland hatte schließlich das Zollabkommen mit der Türkei 1995 nur unter der Bedingung akzeptiert, dass die Beitrittsverhandlungen Zypern beginnen. Die Drohung der Griechen mit dem Vetorecht lag im Interesse Zyperns. Der damalige Präsident Kostas Simitis erklärte, dass er eine Erweiterung ohne Zypern auf keinen Fall akzeptieren werde und die EU unterzeichnete somit ohne jegliche Lösungsvoraussetzungen die Annahmeerklärung der griechischen Zyprioten. Dies ist ein diplomatischer Erfolg gewesen. Auf der einen Seite haben die Republik Zypern und Griechenland den EU-Beitritt Zypern bedingungslos durchgesetzt und auf der anderen Seite wurde der EU-Beitritt der Türkei mit dem Zypernproblem blockiert. Ein Artikel aus jener Zeit erläutert den Zustand sehr gut:

„Die Simitis-Regierung hat das bisher Unmögliche möglich gemacht. Er hat Zypern von der Türkei herausgerissen, zur EU gebracht und Ankara zur Lösung gezwungen ohne die Gefahr der Teilung hinzunehmen.“ (Kürkçügil, 2003: 110)

Simitis brachte diesen politischen Sieg in seiner Neujahrsfeier folgendermaßen zum Ausdruck: „2002 wurde mit dem Erfolg des EU-Beitritts Zypern abgeschlossen. Nach langjährigen systematischen Unternehmungen wurde ein neues Kapital für Griechenland und das Hellenentum eröffnet.“ (<http://www.cumhuriyet.com.tr>, 2003)

War Zypern überhaupt beitriffähig?

Während dieser Zeit war die Frage, ob die rechtliche Grundlage für eine EU Mitgliedschaft in der Republik Zypern überhaupt gegeben ist. Am Tage der Unterzeichnung der Zollvereinbarung zwischen der EU und der Türkei hat das türkische Außenministerium mitgeteilt, dass „Wenn die EU die Republik Zypern akzeptieren sollte, die Türkei die Türkische Republik Nordzypern eingliedern wird und zudem die Republik Zypern

rechtlich nicht akzeptiert werden kann, weil die Türkei eine der Garantiestaaten ist.“ (Agence Europe, 1995: 5) Die These der Türkei lehnte sich an das Garantiabkommen 1959 Zürich und London Artikel 1. In Artikel 1 und 2 des Garantiabkommens heißt es:

„Zypern wird weder als Ganzes noch in Teilen an einer politischen oder wirtschaftlichen Union mit welchem Staat auch immer teilnehmen.“ (Zürcher Garantiabkommen 1959 Artikel 1-2)

Doch Verheugen sagte in unserem Interview², dass die EU Anwälte diesen Fall untersucht haben und kein rechtliches Hindernis für den Beitritt der Republik Zypern gefunden wurde, wonach der Einspruch der Türkei abgelehnt wurde. Der o. g. Artikel handle über die NATO. Meiner Meinung nach wurde dieser Artikel unter Berücksichtigung der Gründungszeit der Republik Zypern eingefügt um die Teilnahme der Insel an der Sowjetfront zu verhindern.

Wie bereits erwähnt wurde im Treffen in Helsinki 1999 deklariert, dass eine Lösung des Inselproblems keine Beitrittsvoraussetzung ist. (Schlussfolgerungen des Vorsitzes Europäischer Rat (Helsinki) 10. und 11. Dezember 1999 Nr. 00300/1/99, 1999: 2) Aber wie auch immer, dies war eine politische Entscheidung und die EU hätte diesen Beschluss aussperren und das Veto von Simitis hinnehmen und die Lösung als Bedingung für den Beitritt stellen und so wenigstens Druck auf die Politik auf der Insel ausüben können. Um eine vierzig Jahre anhaltende Problematik lösen zu können, müsste schließlich eine Autorität gegeben sein, welche die Politik auf der Insel beeinflussen kann. Die EU hätte eben diese Lücke vor dem EU-Beitritt der Republik Zypern ausfüllen und ein gemeinsames Zypern in die EU aufnehmen können. Betrachtet man die nahe Vergangenheit, so ist zu sehen, dass die EU als Katalysator bereits die Idee der Enosis erfolgreich aufgehoben hat und die Türkei im Namen der Zollunion und der Mitgliedschaft den Annan-Plan befürwortet hat. All dies zeigt wie wichtig die Stellung der EU im Rahmen aller Beteiligten gewesen ist. Es konnte durch den Beitritt Zyperns zur EU bis zum heutigen Datum tatsächlich nicht gelingen, eine Lösung der Zypernfrage herbeizuführen, und damit auch zur Festigung des Friedens in dieser Region beizutragen. In diesem Zusammenhang hat die Europäische Union den Beitritt Zyperns akzeptiert und so eine komplizierte Frage in ihr Gebiet integriert, obwohl der Acquis Communautaire zunächst nur im Süden der Insel verwirklicht werden konnte.

Fazit

Dass die Einheit der Insel nur auf einem Teil der Insel aufgestellt werden kann, hat eben auch einige Probleme und Fragen mit sich gebracht. Dass die Republik Zypern ohne Lösung zum EU-Mitglied wurde hat neben neuen politischen Umständen auch bzgl. des Staatenrechts einige neue Fragen aufgestellt. Die Tatsache, dass die Insel nach Ablehnung des Annan-Plans V in de facto geteilter Form als Repräsentant der ganzen Insel Zypern in die EU beigetreten ist und die Acquis Communautaire in der Türkischen Republik Nordzypern nicht ausgeübt werden kann erklärt die Insel auch innerhalb der EU für geteilt. Aus diesem Grund hat die EU, wie bereits in dem Abschnitt zu Zyperns EU-Beitritt erklärt, auf der Insel sehr eigene Regelungen treffen müssen. Selbst wenn die EU in ihrem eigenen Territorium eine Rechtsprechende Rolle auf der Insel besitzt, so muss die Tatsache, dass die zyprischen Türken nicht an dieser Rechtsprechung teilnehmen können als wichtige Negation angesehen werden. (Soykan-Adaoğlu, 2005: 28) Die Insel ist als Ganzes Mitglied der EU, doch der Norden liegt außerhalb des Binnenmarktes. Selbst wenn dieser negative Umstand mit Zusatzprotokollen für das EU-Beitrittsabkommen versucht wurde zu beseitigen und selbst wenn nach der Ablehnung des Plans ein Grüner Grad, Subventionen und Direktverordnungen (EU Richtlinien, 2004) erstellt wurden, haben die Verhinderungen der griechischen Zyprioten all diese Bemühungen außer Kraft gesetzt.

Hier muss vielleicht die Frage gestellt werden unter welchen Umständen die EU als Rechtssprecher der Lösung des Zypernproblems beitragen kann. Selbst wenn die Umstände günstig liegen würden, ist es fraglich ob die EU genug Macht für die Lösung des Zypernproblems besitzt. Vor dem Beitritt der Republik Zypern hätte die EU bestimmt als Katalysator wirken können. Doch der momentane Status der Insel hat diese Möglichkeit bereits außer Kraft gesetzt. Die Befugnisse der EU bzgl. der Außen- und Sicherheitspolitik ist schließlich auch im Sinne Zypern begrenzt. Dieser Mangel an Befugnis schwächt die Möglichkeit einer gemeinsamen EU-Position. Dabei hat der damalige EU-Parlamentsvorsitzende Pat Cox bzgl. des Annan-Plans V gemeint, dass dies *„eine einmalige Gelegenheit für eine Generation“* sei und fügte dem hinzu *„das ist die beste Chance um einen Schritt in die Zukunft zu machen. Ich rufe beide Seiten auf diese Chance gut zu nutzen. Eine Lösung auf Zypern ist auch sehr wichtig für die Beziehung zwischen der Türkei und der EU und kann hier zu einer Brücke werden.“* (<http://incyprus.philenews.com>, 2004) Doch die Entwicklungen bis zum heutigen Tag zeigen genau das Gegenteil. Letztendlich ist das Ergebnis eben die politische und persönliche Haltung von Papadopoulos geworden, der sagte:

² Günter Verheugen beim Expertinnen Interview mit Mehmet Direkli am 04.10.2012 in Wien

„Wir sind Mitglied der EU. Der international anerkannte Staat und die Regierung ist allein die Republik Zypern. Türkei hingegen befindet sich allein auf dem Weg zur EU und hat noch einen langen Weg vor sich und muss irgendwann Kompromisse eingehen und eine für uns besser aussehende Lösung akzeptieren.“ (<http://incyprus.philenews.com>, 2004)

Die Republik Zypern hatte in den 70'ern die Autonome Bewegung unterstützt und sich der Sowjetunion genähert und eine Gleichgewichtspolitik verfolgt um die Vorteile der Türkei zu Nachteilen umzuwandeln, doch nach dem Fall der Sowjetunion begab sie sich auf die Suche nach einer neuen Macht und stellte fest, dass die EU den Berechnungen am ehesten entspricht. Die einfache Befugnis-Übertragung an die EU konnte selbst aus der Sicht der strengen Nationalisten einfach durchgeführt werden, allein aufgrund dieser Gleichgewichtspolitik. Dies kann damit erklärt werden, dass diese Mitgliedschaft neue Druckmittel gegen die Türkei zur Verfügung stellen wird. Und die Errichtung eines hellenistischen Bündnisses innerhalb der EU könnte im Interesse der Republik Zypern und Griechenlands gegen die Türkei ein Mächtegleichgewicht darstellen.

LITERATURVERZEICHNIS

KAMMEL, Arnold (2006). „Der Zypernkonflikt“, Österreichisches Institut für Europäische Sicherheitspolitik. Arbeitspapier. Nr.4, Wien

KÜRKÇÜGİL, Masis (2003). *Kıbrıs: Dün ve Bugün*, İstanbul: İthaki Yayınevi.

PALLEY, Claire (2005). *An International Relations Debacle; The UN Secretary-General's Mission of Good Offices in Cyprus 1999-2004*. Oxford: Hart Publishing.

PERIKLEUS, Hristotomos (2011). *Tarihsel Süreçten Kıbrıs Referandumuna*. Lefkoşa: Galeri Kültür Yayınları.

SOYKAN-ADAĞLU, Hacer (2005). „AB ve KKTC Hukuku Açısından Yeşil Hat Tüzüğü.“ *Ankara Avrupa Çalışmaları Dergisi*, Cilt 5 No 1.

TUNCER, Hüner (2012). *Kıbrıs Sarmalı, Nasıl Bir Çözüm?* İstanbul: Kaynak Yayınları.

ONLINE QUELLEN OHNE AUTORENANGABE

AGENCE EUROPE (1995, 8. 3.) In: <http://www.agenceurope.com> (Zugriff: 16.11.2015)

ANNAN'S Bericht (2003) S/2003/398 http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/2003/398 (Zugriff: 07.10.2015)

AUSSENMINISTERIUM der Türkei. In: <http://www.mfa.gov.tr/turkiye-ab-iliskilerine-genel-bakis.tr.mfa> (Zugriff: 06.10.2015)

CUMHURİYET Gazetesi ,(2003, 1. 4.) In: <http://www.cumhuriyetarsivi.com/katalog/192/sayfa/2003/1/4/8.xhtml> (Zugriff: 01.12.2015)

EU-PROTOKOLL (2003) Nr. 10 über Zypern 23.09.2003 In: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:12003T/PRO/10:DE:NOT> (Zugriff: 09.11.2015)

EU-RICHTLINIEN In: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2004:206:0051:0056:EN:PDF> und <http://www.kktcb.org/upload/pdf/47456.pdf> (Zugriff: 15.01.2015)

KIBRIS GERÇEĞİ VE ANNAN PLANI (2003). Milliyetçi Hareket Partisi AR-GE Merkezi. In: https://www.mhp.org.tr/usr_img/_mhp2007/files/raporlar/kibris/kibrisraporu.pdf S. 8-13 (Zugriff: 01.12.2015)

SCHLUSSFOLGERUNGEN des Vorsitzes Europäischer Rat (Helsinki) 10. und 11. Dezember 1999 Nr. 00300/1/99 In: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/00300-r1.d9.htm S.2 (Zugriff: 15.11.2015)

SCHLUSSFOLGERUNGEN des Vorsitzes Europäischer Rat (Kopenhagen) 12. und 13. Dezember 2002 Nr. 15917/02 In: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/73845.pdf S.1 (Zugriff: 18.11.2015)

THE CYPRUS WEEKLY (2004) Papadopoulos's TV Gespräch, PIK, 07.04.2004 In: <http://incyprus.philenews.com> (Zugriff: 15.11.2015)